

## Buchbesprechung

A. Boss, C.-F. Laaser, K.-W. Schatz et. al.: Deregulierung in Deutschland – Eine empirische Analyse –, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1996, 422 S.

Deregulierung im Sinne einer umfassenden Öffnung von Servicemärkten ist inzwischen in Deutschland – wie auch in den übrigen europäischen Ländern – nicht nur in der akademischen Welt, sondern auch in der praktischen Wirtschaftspolitik unumstritten.

Die vorliegende Studie, die auf ein Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft zurückgeht, untersucht für einzelne Märkte, welche Schritte zur Deregulierung in Deutschland unternommen worden sind und welche Konsequenzen diese für die Zahl der Anbieter, die Wettbewerbsintensität, die Kosten und Preise, die Investitions- und Innovationstätigkeit sowie die Beschäftigung hatten. In die Analyse sind grundsätzlich diejenigen Bereiche einbezogen, die im Deregulierungsbericht der Bundesregierung vom April 1994 aufgeführt wurden. Es handelt sich um Deregulierungsschritte in den Bereichen Eisenbahn, Binnenschifffahrt, Straßengüterverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr, Luftverkehr, Postdienste, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen, Versicherungen, moderne Biotechnologie (Gentechnik), Handwerk, Einzelhandel, Freie Berufe sowie den Arbeitsmarkt. Die vorliegende Studie bietet umfangreiche Informationen über die vielfältigen Deregulierungsmaßnahmen und deren Auswirkungen, soweit diese bisher empirisch erfaßbar sind. Dabei werden nicht nur die Daten der amtlichen Statistiken herangezogen, sondern auch Verbandsstatistiken sowie die Daten relevanter Unternehmen in Einzelbereichen ausgewertet. Es liegt auf der Hand, daß diese umfangreichen Detailarbeiten nur von einem ausgewiesenen Forschungsteam gemeinsam durchgeführt werden konnten.

Die Stärke der Studie, ihre Reichhaltigkeit der Darstellung sowohl institutioneller Details als auch empirischer Fakten, birgt gleichzeitig jedoch auch eine zentrale Schwäche. Der Studie fehlt eine klare analytische Basis, mit deren Hilfe die verschiedenen Einzelstudien entlang eines „roten Fadens“ verknüpft werden könnten. Gleichmaßen hätte dadurch auch der verbleibende Restregulierungsbedarf in den verschiedenen Bereichen klarer herausgearbeitet werden können. Dieser zentrale Kritikpunkt soll im folgenden etwas näher für den Bereich der Verkehrs-, Post- und Telekommunikationsdienste präzisiert werden.

Das Angebot dieser Serviceleistungen setzt zwangsläufig den Zugang zu komplexeren Infrastrukturen voraus. Umfassender Wettbewerb auf den Märkten für Eisenbahnverkehr, Luftverkehr, Telekommunikationsverkehr etc. erfordert folglich den diskriminierungsfreien, symmetrischen Zugang zu den monopolistischen Engpaßfaktoren (Schienenwege, Flughäfen, lokale Telekommunikationsnetze etc.). Die Lösung dieser Netzzugangs- und Zusammenschaltungsfragen und der damit einhergehenden Tarifproblematik als Voraussetzung für funktionsfähigen Servicewettbewerb stellt momentan ein wichtiges Forschungsgebiet im Bereich der Regulierungs- und Wettbewerbspolitik dar. Hier zeigt sich auch, daß die Marktöffnung auf Servicemärkten zwar eine notwendige, nicht jedoch eine hinreichende Bedingung für deren tatsäch-

liche Funktionsfähigkeit darstellt. In diesem Zusammenhang wäre auch ein institutioneller Vergleich der verbleibenden (erforderlichen) Marktmachtregulierungen bei unterschiedlichen Netzinfrastrukturen wünschenswert gewesen. Der Einbezug des Energiesektors wäre in diesem Zusammenhang besonders interessant gewesen, da in diesem Sektor momentan der Gesetzgeber etwa im Vergleich zum Telekommunikationssektor eine besonders „liberale“ Haltung einnimmt, in dem behördliche Eingriffe im Zusammenhang mit Netzzugangsproblemen nur dann erwogen werden, wenn sich die involvierten Parteien nicht einigen können. Auch wenn die vorliegende Studie keine grundlegende Analyse der Deregulierungspotentiale und des verbleibenden Restregulierungsbedarfs bietet, kann sie dennoch als reichhaltige Lektüre all denjenigen empfohlen werden, die sich für die jüngsten Entwicklungen der Deregulierung in Deutschland interessieren.

Günter Knieps, Freiburg i. Br.